

Rede

Reiner Hoffmann

DGB-Vorsitzender

„Wir lassen uns nicht spalten!“

**Veranstaltung gegen den Missbrauch von Leiharbeit und
Werkverträgen**

München, Odeonsplatz, 9. April 2016

Es gilt das gesprochene Wort!



Anrede

Herzlich willkommen, schön dass ihr da seid!

Dass wir heute nach München gekommen sind hat einen Grund. Und dieser Grund sitzt nicht weit entfernt von hier.

Die Abendzeitung München titelte vor ein paar Monaten:

„Die CSU driftet an den Rand“

und kommentierte damit den Umzug der CSU Parteizentrale von der Mitte München in den hohen Norden.

Die CSU rückt aber nicht nur geografisch an den Rand. Auch politisch driftet sie immer weiter an den Rand, und damit weg von der Mitte der Gesellschaft, weg von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in Leiharbeit und Werkvertragsarbeit zu miesen Bedingungen schufteten müssen!

Seit Jahren erleben wir eine immer tiefere Spaltung des Arbeitsmarktes. Das Ergebnis: Mehr als 20 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind im Niedriglohnsektor gefangen. Damit verfügt Deutschland über den größten Niedriglohnsektor in Europa. Das ist ein Armutszeugnis für eine soziale Marktwirtschaft! Wir sind heute nach München gekommen um klar und deutlich zu sagen:

Wir lassen uns nicht spalten!

Wir sind angetreten, liebe Kolleginnen und Kollegen, um endlich wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herzustellen und die Spaltung zu beenden.

Einiges haben wir schon erreicht!

Dazu gehört an erster Stelle der Mindestlohn, der endlich seit dem 1. Januar 2015 überall in Deutschland gilt!

Das reicht aber noch nicht!

Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss endlich ein Ende haben!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss überall und für alle gelten!

Die Bundesregierung in Berlin ist angetreten, dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich ein Ende zu setzen. So steht es im Koalitionsvertrag. Jetzt muss sie endlich liefern, das hat uns auch die Bundeskanzlerin noch im Januar erneut versprochen!

Doch was ist passiert?



Die Bundesarbeitsministerin, Andrea Nahles, hat einen Gesetzentwurf vorgelegt. Das ist gut so, auch wenn er bei weitem nicht unseren Vorstellungen entspricht.

Der Entwurf ist ein Kompromiss, aber entspricht weitgehend dem, was die Koalition in ihrer Vereinbarung verabredet hat.

Das ist das Mindeste!

Schon um den Entwurf haben wir hart gerungen. Am Ende haben selbst die Arbeitgeber mit ihrem Bundesverband der Arbeitgeber (BDA) an der Spitze zugestimmt.

Dieser Gesetzentwurf liegt nun seit Wochen im Kanzleramt auf Eis.

Warum? Weil die CSU mit beiden Beinen auf der Bremse steht.

Deshalb sind wir hier, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Weil wir nicht tatenlos hinnehmen, dass der Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit nicht endlich gestoppt wird!

Und zwar jetzt und nicht am Sankt-Nimmerleinstag!

Viel zu viele Arbeitgeber sagen, ihr habt jetzt den Mindestlohn, das reicht.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, der gesetzliche Mindestlohn ist die unterste Grenze des Anstands, die überall verbindlich gelten muss.

Damit ist der Niedriglohnsumpf noch keineswegs trockengelegt, geschweige denn die Tarifbindung flächendeckend wieder hergestellt.

Denn darum geht es uns: Gute Tarifverträge für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Stattdessen geht die tägliche Flucht von Arbeitgebern aus Tarifverträgen weiter. Das muss aufhören! OT-Mitgliedschaften in den Arbeitgeberverbänden, Outsourcing und Tariffhopping müssen ein Ende haben!

Zur Tariffucht gehört auch, dass immer öfter Werkverträge missbraucht werden.

Der Missbrauch ist es, den wir bekämpfen, nicht der Werkvertrag an sich. Werkverträge gibt es ja schon lange, durchaus zum gegenseitigen Nutzen.

Immer öfter werden aber Werkverträge konstruiert, um Tarifverträge zu umgehen – vom guten Metall- oder Chemietarif in niedrigere Tarifbereiche oder einfach ganz raus aus der Tarifbindung.

Betriebsrätebefragungen von IG Metall und IG BCE zeigen klar, dass der Missbrauch von Werkverträgen keine Randerscheinung ist, sondern immens zugenommen hat.

Die Betriebsräte sagen, dass mittlerweile in zwei von drei Betrieben (69 %) Arbeiten über Werkverträge fremdvergeben werden.

Ziel ist nichts anderes als Kosten zu senken, Arbeitszeiten zu erhöhen und errungene Standards zu unterlaufen.

Wenn der Missbrauch also nicht gestoppt wird, bedeutet das in Zukunft noch mehr Scheinselbständigkeit, noch mehr Arbeit ohne Sozialversicherung und noch mehr Arbeit ohne ordentliche Tarifverträge.

In dem für uns alle so wichtigen Gesundheitsbereich haben die großen privaten Klinikbetreiber Sana, Fresenius, Helios und wie sie alle heißen, Werkverträge für sich entdeckt und reihenweise von konzerneigenen Kleinstbetriebe geschaffen.

Für den Transport von Patienten, die Essensanlieferung, das Tablett abräumen, die Reinigung, und so weiter.

Da bleibt nicht nur die tarifliche Bezahlung auf der Strecke, sondern auch Betriebsrat und Mitbestimmungsrechte.

Auf den Knochen der Beschäftigten und der Patienten werden hemmungslos die Profite gesteigert.

Ähnliche Praktiken erleben wir inzwischen in der Logistik, der Postdienstleistung und an den Flughäfen.

Bekannter sind die Schweinereien aus der Fleischindustrie – da werden systematisch Kollegen aus Rumänien oder Bulgarien zu Hause angeworben. Sie müssen erst die teuren "Vermittler" bezahlen, um dann zu miserablen Löhnen ewig lange schufteten. Und dann werden sie noch in völlig überbezahlten Unterkünften untergebracht.

Das alles wird gnadenlos weitergehen, wenn es nicht endlich ein Gesetz gegen den Missbrauch gibt!

Und was macht die CSU – die hier in München an den Rand gedriftet ist? Was machen viele zu viele Arbeitgeber aber auch Teile des Wirtschaftsflügel der CDU?

Sie blockieren, stehen auf der Bremse und wollen dem Missbrauch offensichtlich weiterhin tatenlos zusehen.

Da machen wir nicht mit! Wir lassen uns nicht spalten!

Das, was im Gesetzentwurf steht, wird nicht alles verhindern. Aber es wäre ein erster wichtiger Schritt, um die Würde der arbeitenden Menschen in Zukunft besser zu schützen.

Ich erinnere noch einmal: In der Präambel des Koalitionsvertrags steht: Wir werden den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern.

Da steht nicht: Wir wollen vielleicht ein bisschen den Missbrauch verhindern.

Da steht: Wir werden verhindern!

Dann sollen sie es auch endlich tun!

Wir fordern sie auf Herr Seehofer, Frau Eigner, Frau Hasselfeld:

Beenden sie die Blockade und nehmen sie Fahrt auf für gute Arbeit zu fairen Bedingungen und gegen Missbrauch.

Was steht konkret drin im Gesetzentwurf, was hilft uns davon weiter?

Anrede

Gut ist im Gesetzentwurf, dass Auftraggeber in Zukunft eindeutig klären, ob es sich um Werkverträge oder Leiharbeit handelt.

Ein nachträgliches Umdeklarieren, wo dann ganz fix aus Leiharbeit ein Werkvertrag wird, ist nicht mehr möglich. Wenn er krumme Sachen macht, muss er haften.

Ein weiterer Pluspunkt: Die Betriebsräte sollen ein Informationsrecht erhalten: Das Recht, über Art und Umfang der vergebenen Aufgaben und die vertragliche Ausgestaltung der Werkverträge informiert zu werden.

Das ist mehr als das, was wir jetzt haben.

Was allerdings fehlt ist eine echte Mitbestimmung.

Die Betriebsräte können nicht den Werkvertrag verhindern, a wenn er den Interessen der Stammebelegschaft massiv schadet.

Das bleibt unser langfristiges Ziel:

Wir brauchen nicht nur Informations-, sondern auch Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte - und wir brauchen mehr Betriebsräte auch in den Werkvertragsbetrieben!



Und es gibt Kriterien, die nachvollziehbar regeln sollen, was normale dauerhafte Arbeit in den Betrieben und was Werkvertragsarbeit ist. Damit soll kontrollierbar geregelt werden, was erlaubt ist und was Missbrauch ist. Diese Kriterien wurden von den Arbeitgebern weichgespült und müssen dringend nachgebessert werden.

Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, bringt der Gesetzentwurf zur Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit?

Nach neun Monaten soll jede Leiharbeitnehmerin und jeder Leiharbeiternehmer den gleichen Lohn bekommen, wie die Stammbeschäftigten.

Nach spätestens 18 Monate muss die Überlassung beendet werden. Danach müssen die Leiharbeiter in den Entleihbetrieb übernommen werden.

Für uns ist klar: Das ist noch lange kein equal pay und wird nur begrenzt helfen, die Einsatzzeiten sind häufig weniger als drei Monate. Da sind unsere tariflichen Branchenzuschläge für Leiharbeit deutlich besser und es ist gut, dass unsere tariflichen Regelungen gesichert und weiterentwickelt werden können!

Nur das, was jetzt im Gesetzentwurf von Andrea Nahles steht muss ohne Ausnahme umgesetzt werden. Das sehen viele Arbeitgeber anders: sie wollen großzügige Ausnahmen bei der Höchstüberlassung und beim Equal Pay.

Ein weiteres Weichspülen des Gesetzentwurfs wird es mit uns nicht geben.

Der Entwurf, das was jetzt vorgelegt wurde ist weit von unseren Forderungen und dem was notwendig ist entfernt. Aber das was da festgeschrieben ist, wollen wir nicht auch noch mit Ausnahmen verschlechtert sehen.

Gutes Regieren bedeutet, das weiß auch Herr Seehofer, da wir Gesetz brauchen die wirken. Wir brauchen keine Placebos bei denen die Arbeitgeber fröhlich weiter Lohndumping betreiben! Wir fordern die CSU auf, driften sie nicht weiter an den Rand, zeigen sie soziale Verantwortung und verweigern sie sich nicht gut zu regieren!

Anrede

Was uns an dem Gesetzentwurf besonders wichtig ist:
Leiharbeiter dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden.

Aber auch hier will vor allem die CSU weichspülen und Streikbrecherarbeit durch Leiharbeiter möglich machen.



Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt überhaupt nicht in Frage, hier ist eine rote Linie für uns.

Gerade beim letzten Poststreik hat man gesehen, was Streikbruch durch Leiharbeit bedeutet:

Massenhaft sind ausländische Kolleginnen und Kollegen von Verleihern mit Sitz im Ausland angeworben und in die Betrieben gebracht worden, um Streikbrecherarbeit zu machen.

Im Einzelhandel werde Streiks immer öfter unterlaufen: Immer dann, wenn die Kollegen für den Streik vorne zur Kaufhaustür rausgehen, werden durch die Hintertür Leiharbeiter für den Streikbruch reingeholt .

Diese Hintertür muss der Gesetzgeber endlich schließen, und zwar ohne Ausnahmen!

Herr Seehofer, bekenne auch sie sich klar und eindeutig zum Verbot von Streikbrecherarbeit durch Leiharbeiter

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wie geht es jetzt weiter?

Am kommenden Mittwoch tagt der Koalitionsausschuss in Berlin. Da sollen wohl einige strittige Themen geklärt werden. Gut, dass wir heute in München zusammengekommen sind. Wir sagen ganz klar keine faulen Kompromisse. Die Erbschaftssteuer, die strittig ist aber dringend kommen muss, kann nicht mit der Leiharbeit und Werkverträgen verwurstet werden. Wir erwarten ein klares Bekenntnis zum vorliegenden Gesetzentwurf. Wir sagen nein zu weiteren Veränderungen. Es reicht. Wir lassen uns nicht spalten!

Wir brauchen jetzt ein Gesetz, mit der wirksam der Missbrauch bekämpft werden kann. Das was vorliegt wäre immerhin ein erster Schritt, um die Würde der arbeitenden Menschen besser, die Würde von Leiharbeitnehmern und Werkvertragnehmern zu schützen.

Anrede,

Und es wäre doch auch im Interesse der Arbeitgeber, dem Handwerk und der Industrie, dass sie sich an Tarife halten und ihre Leute anständig bezahlen:

Jeder anständige Unternehmer wird doch bedroht durch so eine Schmutzkonkurrenz, die die Spirale immer weiter nach unten dreht! Die muss der Gesetzgeber unterbinden.

Und wenn die Koalition das in dieser Legislatur nicht mehr geregelt bekommen sollte, dann steht ein Thema für den nächsten Wahlkampf jedenfalls schon fest:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Schluss mit den Beschäftigungsverhältnissen zweiter Klasse!

Danke, dass ihr gekommen seid! Glückauf!